PRESSEMITTEILUNGEN 16.12.2025

Kinder- und Jugendchirurgie appelliert an den Bundestag

Berlin, den 16.12.2025 – Die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendchirurgie (DGKJCH) ruft zum klaren Handeln für das Wohl der Jüngsten unserer Gesellschaft auf. Unter dem Leitmotiv „Kindergesundheit stärken – Versorgung umfassend verbessern und nachhaltig finanzieren" fordert die Fachgesellschaft eine entschlossene Entscheidung für die langfristige Sicherung der kinder- und jugendchirurgischen Versorgung in Deutschland.

So fordert die DGKJCH konkret, die Leistungsgruppe 16 „spezielle Kinder- und Jugendchirurgie" beizubehalten. „Bei einer Nichteinführung dieser Leistungsgruppen wird eine wichtige Chance zur optimalen Versorgung von komplex erkrankten Kindern und Jugendlichen vertan", erklärt die Präsidentin der DGKJCH, PD Dr. Barbara Ludwikowski. Für diese speziellen Fälle fordert die DGKJCH eine Leistungsgruppe 16, damit eine hochqualifizierte Behandlung mit ausreichend zur Verfügung stehendem qualifizierten Personal erfolgen kann.

Ambulante kindgerechte Versorgung an den Kliniken muss gewährleistet werden

Des Weiteren weist die Fachgesellschaft auf die Notwendigkeit der kindgerechten Notfallversorgung hin und fordert eine Institutsambulanz, das heißt die Möglichkeit der ambulanten Versorgung an den Kliniken. „Die kinder- und jugendchirurgische Notfallversorgung findet flächendeckend in den Notfallambulanzen der Kliniken statt. Viele Standorte können zukünftig keine vollständige Notfallversorgung rund um die Uhr mehr gewährleisten – ein Zustand, der in der Erwachsenenmedizin undenkbar wäre. In der Praxis bietet die KV derzeit keine verlässliche Versorgungsstruktur für diese Patientengruppe an – eine schwere Benachteiligung dieser vulnerablen Patientengruppe. Auch unter 116117 wird regelmäßig auf die – überlastete – Notfallambulanz verwiesen", erklärt Dr. Joachim Suß, Pressesprecher der DGKJCH.

Nachhaltige Finanzierung statt kurzfristiger Sparlogik

Die DGKJCH appeliert an die Politik, die geplanten Reformen so zu gestalten, dass Kinder- und Jugendmedizin sowie Kinder- und Jugendchirurgie dauerhaft strukturell und finanziell abgesichert werden. „Wir fordern: Ausnahme der Kindermedizin von rein betriebswirtschaftlichen Bewertungsmaßstäben, verlässliche Finanzierung von Vorhaltekosten und Investitionen in Ausbildung, Personal und interdisziplinäre Zusammenarbeit", erklärt Professor Dr. Guido Seitz, Stellvertretender Präsident der DGKJCH. Neben der Akutmedizin müssten laut DGKJCH auch Prävention, Früherkennung und Nachsorge gestärkt werden. Kinderchirurgische Eingriffe seien oft Teil eines längeren Behandlungsweges – dieser dürfe nicht durch Bürokratie oder Unterfinanzierung unterbrochen werden. „Wenn jetzt keine nachhaltige Reform beschlossen wird, riskieren wir, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland nicht mehr flächendeckend und kindgerecht versorgt werden können" betont PD. Dr. Barbara Ludwikowski, Präsidentin der DGKJCH.

www.dgkjch.de